

Hilfe für die deutschen Gewerkschaften

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **15 (1923)**

Heft 12

PDF erstellt am: **16.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-351899>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

schaften nach aussen im allgemeinen stärker in Erscheinung tritt, darf daraus noch nicht auf einen dauernden Rückgang geschlossen werden. Freilich ist deren Mitgliederverlust stellenweise ein ausserordentlich starker. Um ihn zu überblicken, genügt eine Vergleichung der Jahre 1922 und 1921 nicht; man muss weiter zurückgehen auf die Jahre 1920, 1919 und 1918, welche den Arbeiterorganisationen den starken Machtzuwachs gebracht haben.

Allerdings darf man nicht einzig und allein auf die absolute Mitgliederzahl abstellen. Massgebender für die Beurteilung der gewerkschaftlichen Macht ist das Verhältnis des Mitgliederbestandes zu der Gesamtzahl der in den betreffenden Berufen beschäftigten Arbeiter sowie die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel. Ueber ersteres stehen zuverlässige Zahlen nicht zur Verfügung, mangels einer neueren Betriebszählung. Nur soviel kann gesagt werden, dass die Zahl der in Industrie und Handwerk beschäftigten Arbeiter infolge der langen, andauernden Krise ebenfalls merklich abgenommen hat.»

Volkswacht am Bodensee und Nationalzeitung, Basel (demokratisch).

«Der Mitgliederverlust der Gewerkschaften gegenüber dem Höchststande von 1919/1920 macht rund 30 Prozent, gegenüber 1921 rund 14 Prozent aus. Dabei ist allerdings zu bemerken, dass sich auch die Arbeiterschaft überhaupt stark reduziert hat. Und weiter braucht man nur an die starke Arbeitslosigkeit zu erinnern, die im Februar 1922 nahezu 100,000 Personen betraf.

Es interessiert uns vor allem der Stand der Industriearbeiterbewegung. Von den 223,500 Gewerkschaftern der Jahre 1919/1920 waren rund 173,000 Industriearbeiter; Ende 1922 beträgt die Zahl der organisierten Industriearbeiter rund 128,400. Die übrigen Organisierten gehören zu den öffentlichen Betrieben. Der Rückgang organisierter Industriearbeiter von 1919 auf 1922 macht also 26 Prozent aus. Sichere Anhaltspunkte für die Schwankungen des Industriearbeiterbestandes im ganzen gibt es nicht. Nehmen wir jedoch den Rückgang der Fabrikarbeiterschaft von 1918 bis 1922 zum Massstab, so darf man sagen, dass die Zahl der industriellen und gewerblichen Arbeiter seit dem Höchststande unserer wirtschaftlichen Entwicklung eine Reduktion von 20 Prozent erfahren haben dürfte. Daraus folgt, dass die relative zahlenmässige Bedeutung der Gewerkschaften für die Industrie sich nicht in dem Masse vermindert hat, wie sich die Zahl der Gewerkschaften reduzierte. Die Schwächung der Gewerkschaften ist also zahlenmässig nicht so gross, wie man schlechthin annehmen möchte.

Allerdings hat die innere Position der Freiorganisierten eine bedeutende Schwächung erfahren. 'Der Grad des Rückganges ist', so schreibt der Gewerkschaftsbund, 'nicht nur von der stärkeren oder schwächeren Heimsuchung durch die Wirtschaftskrise, sondern auch von anderen Faktoren abhängig.'»

Berner Tagblatt (konservativ).

«Bemerkenswert ist, dass im Jahre 1922 kein einziger Verband seine Position zu halten vermochte, während das im Vorjahr den Eisenbahnern, den Gemeinde- und Staatsarbeitern sowie den Typographen immerhin gelungen war. Diese Verbände hatten 1921 sogar eine kleine Zunahme zu verzeichnen. Daraus geht besonders deutlich hervor, dass die sinkende Kurve ihren Tiefpunkt noch immer nicht erreicht haben dürfte, was um so mehr zum Nachdenken anregen muss, als allgemein bekannt ist, dass die sozialistische Agitation in der Regel mit dem Eintritt günstigerer wirtschaftlicher Verhältnisse sofort wieder Aussicht hat, neue An-

hänger zu werben, als in Zeiten der Depression. Obwohl das Jahr 1922 in Industrie und Gewerbe wiederum vermehrte Beschäftigungsmöglichkeiten bot, die Zahl der Arbeitslosen zurückging und einzelne Wirtschaftszweige sich zusehends erholten, hat der Zersetzungsprozess im roten Lager weitere Fortschritte gemacht und ist die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter abermals um zirka 25,000 gesunken. Das zeigt, dass man in Kreisen der unselbständig Erwerbenden der ewigen Hetzerei allmählich müde wird und dass man nicht länger gesonnen ist, sich für politische Umsturzbestrebungen missbrauchen zu lassen.»

Mittelpressebureau (bürgerlich).

«Der Bericht, so wird am Schluss ausgeführt, bietet ein Spiegelbild der sehr unerfreulichen wirtschaftlichen Verhältnisse. Die Bemerkung, die politische Reaktion habe durch allzu large Anwendung des Art. 41 des Fabrikgesetzes die Verschlechterung der Stellung der Arbeiter zu betreiben gesucht, ist zum mindesten eine Agitationsphrase. Es fällt keinem Arbeitgeber ein, und er bekäme auch keine Bewilligung, die Stellung der Arbeiter im angedeuteten Sinne der Boswilligkeit zu verschlechtern. Die Bewilligung der verlängerten Normalarbeitswoche ist denn doch an ganz andere, rein wirtschaftliche Voraussetzungen geknüpft. Wie viele Arbeiter infolge der Mehrleistung und Verbilligung der Produktion von der Anwendung der 52-stundenwoche profitieren, geht allerdings aus diesem Bericht nicht hervor.»

Neue Berner Zeitung (Bauern- und Bürger-Partei).

«Man ersieht aus diesen Darlegungen, dass gewisse Gewerkschaftsführer recht bescheiden geworden sind. Sie, die noch vor verhältnismässig kurzer Zeit mit den kühnsten Hoffnungen schwanger gingen, beginnen allmählich einzusehen, dass der Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung' und die 'Etablierung der proletarischen Herrschaft' doch nicht eine so leichte Sache ist, wie man sich früher immer vorgestellt hat. Die Rückschläge der letzten Jahre haben wie eine Ernüchterung gewirkt. (? Red.) Solange man in diesen Kreisen aber nicht begreifen will, dass erste Voraussetzung eines erfolgreichen Einstehens für berechnete Interessen der arbeitenden Stände die Abkehr von den politischen Prinzipien der Sozialdemokratie, der man bis jetzt immer Vorspanndienste geleistet hat, ist, wird der Arbeiter an seinen Führern zugrunde gehen. Die Arbeiter selbst sind es, die ihr schliesslich in ihrem ureigensten Interesse die Gefolgschaft verweigern müssen, da ein Sieg des Marxismus sie, wie das russische Beispiel beweist, schwerster Bedrängnis ausliefern müsste.»

(Sollen sich die Gewerkschafter etwa der Bauern- und Bürger-Partei anschliessen? Die Red. der G. R.)

Ein weiterer Kommentar dieser Kommentare ist kaum nötig. Unsere Leserschaft mag die Schlussfolgerungen selber ziehen.



Hilfe für die deutschen Gewerkschaften.

An die Zentralvorstände der schweizerischen Gewerkschaftsverbände und ihre Sektionen,

An die Vorstände der Gewerkschaftskartelle!

Werte Genossen!

Die Vorstandssitzung des I. G. B. in Amsterdam vom 8. November 1923 und eine anschliessende Konferenz der internationalen Berufssekretäre haben einen Bericht des Allg. deutschen Gewerkschaftsbundes zur Kenntnis genommen, der ergab, dass die deutschen Gewerkschaften am Ende ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit angelangt sind. Die fortschreitende Geldent-

wertung macht es dem Allg. deutschen Gewerkschaftsbund, den angeschlossenen Verbänden und den Ortskartellen unmöglich, ihre organisatorischen Aufgaben weiterhin zu erfüllen. In der Zeit zwischen der Erhebung der Beiträge bei den Mitgliedern bis zum Einlauf der Gelder bei den Zentralkassen macht die Verschlechterung der Valuta jeweils solche Fortschritte, dass die Beiträge auf ein Minimum ihres ursprünglichen Wertes zusammenschrumpfen. An einem Beispiel möge dies gezeigt werden.

Ein Verband mit 175,000 Mitgliedern erhöhte den Wochenbeitrag mit 1. Oktober auf hundert Millionen Mark. In Goldwährung umgerechnet machte dies:

am 1. Oktober	294,000 Mark
» 10. »	24,500 »
» 20. »	4,800 »
» 22. »	2,000 »
» 1. November	220 »

Innert Monatsfrist ist demnach der Wert der am 1. Oktober einkassierten Beiträge auf ein Tausendstel gesunken. Unter diesen Umständen ist es nicht nur unmöglich, die Unterstützungsinstitutionen aufrechtzuerhalten, es können auch die Gewerkschaftszeitungen nicht mehr oder nur in sehr beschränktem Umfange erscheinen, es können keine Bewegungen geführt, keine Agitation betrieben, keine Rechtsauskunft mehr erteilt werden; überhaupt ist die Gefahr vorhanden, dass der ganze vielgestaltige Organisationsapparat zum Stillstand kommt.

In allen Verbänden sind daher schon einschneidende Massnahmen getroffen worden, um dies zu verhüten. Bis zu zwei Drittel der Angestellten mussten entlassen werden, die Besoldungen der noch tätigen Angestellten wurden reduziert. Auf die Dauer wird aber auch dies nicht helfen, wenn nicht Hilfe von aussen kommt.

Der Vorstand des I. G. B. fordert daher die angeschlossenen Landeszentralen auf, den deutschen Gewerkschaften mit finanziellen Mitteln zu Hilfe zu kommen. Bereits haben der I. G. B. selber 10,000 Fl., unser Bundeskomitee 10,000 Fr., der Belgische Gewerkschaftsbund 10,000 Fr., der Schwedische Gewerkschaftsbund 50,000 Kronen und die österreichischen Gewerkschaften 40 Millionen Kronen zur Verfügung gestellt. Diese Summen reichen aber längst nicht aus.

Angesichts der Tragweite eines Zusammenbruchs der deutschen Gewerkschaften für die gesamte Internationale und angesichts der Opferwilligkeit, die die deutschen Gewerkschaften den Arbeitern anderer Länder gegenüber stets bekundet haben, müssen die internationalen Gewerkschaften die grössten Anstrengungen machen, um den deutschen Bruderorganisationen über die schlimmste Zeit hinwegzuhelfen.

Das Bundeskomitee des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, das zu der Sachlage Stellung genommen hat, ist einstimmig der Auffassung, dass die dem Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände die moralische Verpflichtung haben, zur Durchführung der Hilfsaktion für die deutschen Gewerkschaften einen ersten, in Raten zahlbaren Beitrag von mindestens 50 Rappen pro Mitglied an den Gewerkschaftsbund abzuliefern.

Zur Aufbringung des Beitrages sollen die Verbände wie die Sektionskassen nach Möglichkeit beigezogen werden. Den Verbänden steht es frei, nach Gutdünken zu verfahren. Den Verbänden ist es weiter freigestellt, den Betrag, der über den obengenannten Pflichtbetrag hinausgeht, zum gleichen Zweck an ihr internationales Berufsekretariat abzuliefern; sie sind jedoch gehalten, dem Bundeskomitee fortlaufend Mitteilung über die Höhe und über die Art dieser Beiträge (Darlehen, Beiträge à fonds perdu usw.) zu machen

Zwecks Durchführung einer allgemeinen Kontrolle.

Die Sektionen liefern die von ihnen bewilligten oder sonst gesammelten Beträge an ihre Zentralkassen ab. Die Zentralkassen übermitteln die Gelder so rasch als möglich an die Kasse des Bundeskomitees. (Postcheck III 1366.)

Soweit die Gewerkschaftskartelle über eigene Mittel verfügen, sind sie ebenfalls eingeladen, diese Unterstützungsaktion durch Zuwendung von Geldern direkt an die Kasse des Gewerkschaftsbundes zu unterstützen. Wir machen aber ausdrücklich darauf aufmerksam, dass die Kartelle für diesen Zweck weder Extrabeiträge ausschreiben, noch Sammlungen anderer Art durchführen dürfen. Das würde zu Unzuträglichkeiten innerhalb der Organisationen führen.

Die Verbände und Kartelle werden noch ganz speziell darauf aufmerksam gemacht, dass die Durchführung von Separataktionen für die Gewerkschaften einzelner Städte nicht zulässig ist. Es muss der einheitliche Charakter der Aktion gewahrt werden, um die Bevorzugung einzelner Gruppen zu vermeiden.

Wir erwarten, dass alle Verbände, alle Verbandssektionen und alle Gewerkschaftskartelle ihr möglichstes tun werden, um diese Hilfsaktion zu einem guten Gelingen zu bringen. Die Schweiz wird sicher nicht an letzter Stelle stehen. Für alle, die die Verhältnisse kennen, kann es keinem Zweifel unterliegen, dass für Deutschland das Sein oder Nichtsein der Gewerkschaften auf dem Spiele steht, und dass mit dem Zusammenbruch der grossen deutschen Gewerkschaftsbewegung auch für unsere Bewegung schwierige Zeiten hereinbrechen würden.

Nicht darum allein handelt es sich, dass die in jahrzehntelanger mühsamer Arbeit gewordenen Organisationen der deutschen Arbeiterschaft intakt gehalten werden, sondern darum, dass die mächtigste Waffe der deutschen Arbeiterschaft, die in schweren Kämpfen ihr Schutz und Schirm war, nicht dem Valutaelend zum Opfer fällt.

Die internationale Solidarität sei heute unsere erste Pflicht.

*Bundeskomitee des
Schweizerischen Gewerkschaftsbundes.*

NB. Von dieser Hilfsaktion wird die für die hungernde Arbeiterschaft gemeinsam von Gewerkschaftsbund, sozialdemokratischer und kommunistischer Partei eingeleitete Hilfsaktion mittels Sammelisten nicht berührt.



Währungsreform und Arbeiterbewegung in Deutschland.

Die Arbeiterbewegung in Deutschland wird gegenwärtig von einer Krise heimgesucht, wie sie sie noch nicht durchzumachen hatte. Ein steter Aufstieg nach innen und aussen war das Kennzeichen ihrer Geschichte, wo geringfügige Schlappen nicht nur leicht überwunden, sondern auch durch organisatorische Verbesserungen unmöglich gemacht wurden. Selbst der Krieg, dieses furchtbare Massenunglück, vermochte die Arbeiterbewegung nicht auf die Knie zu zwingen. Aber was Krisen und Kriege nicht zuwege brachten, das wurde durch die Geldentwertung erreicht. Wir wollen es keineswegs verschleiern: *Die Inflation hat die Arbeiterbewegung an den Rand des Ruins gebracht.* Sie hat müheelos, ohne dass es bemerkt wurde, der Arbeiterschaft ihre Waffen entwendet. Ohne Kampf, ohne Anstrengung fiel den Kapitalisten ein Sieg über ihren Antipoden, der organisierten Arbeiterklasse, in den